



Deutschland als Wachstumsanker in Europa stabilisieren (Teil I)

Kurswechsel für ein solidarisches Europa (Teil II)

IG Metall Vorstand: 09. Oktober 2012

Teil I: Deutschland als Wachstumsanker in Europa stabilisieren

Aktuelle Situation

Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2012 gewachsen - im zweiten Quartal um 0,3 Prozent und im ersten Quartal um 0,5 Prozent. Motor der guten Entwicklung waren die Verbraucher. Lohnsteigerungen und ein stabiler Arbeitsmarkt sorgten für einen Anstieg des privaten Konsums. Deutschland koppelte sich damit von der insgesamt negativen Entwicklung in der Euro-Zone ab. Trotz Wachstum in der größten europäischen Volkswirtschaft schrumpfte die Euro-Zone im zweiten Quartal um 0,2 Prozent. Frankreich stagnierte und in den Krisenländern Italien (minus 0,7 Prozent), Spanien (minus 0,4 Prozent) und Portugal (minus 1,2 Prozent) brach die Konjunktur ein.

Die OECD warnt für das zweite Halbjahr. Sie erwartet, dass auch die deutsche Wirtschaft stagnieren wird. Dies hätte entsprechend negative Auswirkungen auf die gesamte Konjunkturentwicklung in der Euro-Zone. Die Bundesregierung teilt diese Ansicht nicht. Sie erwartet, dass der private Verbrauch das Wachstum weiterhin stabilisiert.

Die Stimmung in den deutschen Unternehmen zeigt ein anderes Bild. Der Ifo-Geschäftsklimaindex fiel im September im fünften Monat in Folge. So pessimistisch waren die deutschen Manager zum letzten Mal Mitte 2009. Die Anzeichen für eine wirtschaftliche Abschwächung in Deutschland nehmen zu. Viele Industrieunternehmen haben ihre Planung für das zweite Halbjahr 2012 zurückgenommen. Hierbei spielt die Krise in vielen Ländern Europas und dadurch abbrechende Auftragseingänge eine Rolle. Daneben wirken weiterbestehende strukturelle Probleme, wie Überkapazitäten auf dem europäischen Automobilmarkt, aber auch die Investitionsunsicherheit angesichts offener politischer Entscheidungen im Kontext der Energiewende.

Aus Sicht der IG Metall ist es deshalb jetzt wichtig, die deutsche Wirtschaft durch geeignete Maßnahmen zu stabilisieren. Die IG Metall unterbreitet in diesem Papier Vorschläge hierzu. Die deutsche Volkswirtschaft ist die größte in Europa und die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, Deutschland als Wachstumsanker in Europa zu stabilisieren.

Beschäftigung aktiv sichern

Eine stabile Beschäftigungsentwicklung mit guten Einkommen ist aktuell der Konjunkturmotor für Deutschland. Damit dies so bleibt, braucht es eine aktive Beschäftigungspolitik, die Arbeitsplätze schafft, Entlassungen in den Betrieben verhindert und das Einkommen der Menschen absichert.

Die IG Metall wird hierzu ihren Beitrag leisten. Sie wird weiterhin eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgen, die eine gute Einkommensentwicklung sichert und Arbeitsplätze in den Betrieben erhält. Der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie vom Frühjahr 2012, mit seinen gerechten Einkommenszuwächsen, ist aktuell ein Stabilitätsanker für die Gesamtwirtschaft.

Die IG Metall wird aber auch offensiv alle gewerkschaftlichen Aktionsinstrumente nutzen, um Beschäftigung in den Betrieben zu sichern. Mit Kurzarbeit, Arbeitszeitkonten, Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und „Pforzheimer Abkommen“ steht den Betrieben und Unternehmen ein umfangreicher betrieblicher und tarifpolitischer Instrumentenkasten zur Verfügung, um Entlassungen grundsätzlich zu vermeiden. Die IG Metall fordert die Unternehmen auf, diese Instrumente aktiv zu nutzen.

Gleichzeitig wendet sie sich an die Politik mit folgenden Forderungen:

- Der Anteil von prekärer Beschäftigung hat in den letzten Jahren in Deutschland massiv zugenommen. Im Jahr 2010 bezogen 23,1 Prozent der Beschäftigten Niedriglöhne – 1995 waren es noch 17,7 Prozent. Die untersten 30 Prozent in der Einkommensverteilung verloren zwischen 2000 und 2010 10,6 Prozent ihres Realeinkommens. Dies

muss sich ändern. Die IG Metall hat mit ihren Tarifverträgen zur Leiharbeit hier einen ersten Meilenstein gesetzt. Aber auch die Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, die allen Beschäftigten ein stabiles Einkommensniveau sichern. Die Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns** und die gesetzliche Regelung von **Equal Pay für Leiharbeitnehmer** sind deshalb zwingend geboten.

- Durch Fehlanreize, wie beispielsweise Minijobs, werden vor allem Frauen in geringfügige Beschäftigung geleitet. Hier muss die Bundesregierung regulierend eingreifen, um auch für **Frauen** eine **reguläre Vollzeitbeschäftigung** als Normalarbeitsverhältnis zu etablieren. Dies schließt auch die Investitionen in eine verbesserte Kinderbetreuung mit ein.
- Wir brauchen die **verlängerte Regelung zur Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds**. Im Kern gesunde Unternehmen dürfen ihre gut ausgebildeten Beschäftigten nicht entlassen. Die Innovationskraft der deutschen Industrie darf nicht gefährdet werden. Deshalb fordert die IG Metall: Die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld muss auf 24 Monate verlängert und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die BA nach sechs Monaten wieder eingeführt werden. Eine sofortige Erstattung sollte an die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen geknüpft werden.
- Die Hauptlast einer schwachen Konjunkturentwicklung werden die Leiharbeitnehmer und befristet Beschäftigten tragen. Sie sind die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn die Lage schwieriger wird. Die IG Metall fordert deshalb, die **Kurzarbeitsregelung auch für Leiharbeitnehmer** wieder einzuführen.

Binnenfinanzierung der Unternehmen erhalten

Für viele Unternehmen kann die Finanzierung ihrer Unternehmensaktivitäten zum Nadelöhr werden, wenn die Dynamik der Konjunktur nachlässt. Die Banken kommen ihrer Dienstleistungsfunktion, der normalen Kreditversorgung der Unternehmen der Realwirtschaft nicht nach. Die IG Metall fordert:

- Neben der Außenfinanzierung muss auch die Innenfinanzierung der Unternehmen gestärkt werden, wenn die Banken ihrer Finanzierungsfunktion nicht mehr nachkommen. Klimaschutz und ökologische Aspekte werden in Zukunft die industrielle Wertschöpfung prägen. Vor diesem Hintergrund ist ein aktiver ökologischer Umbau der Industrie notwendig, der die Produkte und Produktionsprozesse einbezieht und die Energie- und Ressourceneffizienz verbessert. Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, für Unternehmen flexible **Sonderabschreibungen von 50 Prozent** auf solche Investitionen zuzulassen und damit zu deren Finanzierung beizutragen.
- Viele Firmen erlitten in der Krise einen erheblichen Substanzverlust, den sie mit eigenkapitalähnlichen Finanzierungen (Mezzanine Kapital) ausgeglichen haben. Diese Finanzierungen enden in den nächsten Monaten und führen zu neuen Problemen der Eigenkapitalbasis. Die IG Metall hat in ihrem Aktionsprogramm „Aktiv aus der Krise“ vom März 2009 einen **Public Equity Fonds** vorgeschlagen. Das Konzept sieht vor, dass ein mit öffentlichen Mitteln gespeister Eigenkapitalfonds bei der KfW aufgelegt wird. Der Anlagezweck dieses Fonds ist die Stärkung der Eigenkapitalbasis der deutschen Industrieunternehmen insbesondere im Mittelstand. Durch den Zufluss von Public Equity verbessert sich die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen und damit Rating und Kreditwürdigkeit.

Investitionen verstetigen – Zukunftsinvestitionen in eine stabile Wertschöpfung

Die industrielle Wertschöpfung ist wesentliche Quelle des Wohlstands in Deutschland. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt an der Entwicklung der industriellen Wertschöpfung. Damit sich die Industrie in Deutschland auch weiterhin gut entwickelt, sind Investitionen in Infrastruktur, aber auch in Bildung und Wissenschaft notwendig. Hier ist in den letzten Jahren zu wenig getan worden. Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, den Investitionsstau aufzulösen und in der jetzigen instabilen Situation antizyklisch zu investieren.

- Die Bundesregierung hat die **Energiewende** beschlossen. Um diese umzusetzen, sind hohe Investitionen notwendig. Diese Investitionen sollten über beschleunigte Genehmigungsverfahren durchgeführt werden (ähnlich Aufbau Ost). Gleiches gilt für den **Ausbau der Netzinfrastruktur** (Breitbandverkabelung) und der **Verkehrsnetze**.
- Die Energieeffizienz in privaten Haushalten sollte im Rahmen der Energiewende weiter verbessert werden. Hier bieten sich steuerliche Begünstigung und die Förderung durch KfW
- -Darlehen auf folgenden Feldern an:
 - Erneuerung von Heizungsanlagen,
 - Ersatz von nicht energieeffizienten Haushaltsgeräten,
 - energetische Gebäudesanierung.
- Das Niveau der öffentlichen Investitionen muss in den nächsten Jahren auf europäischem Durchschnitt verstetigt werden. Dies erfordert stabile kommunale Einnahmen, denn die Gemeinden tätigen 2/3 der gesamten Infrastrukturinvestitionen. Als Industriestandort braucht Deutschland ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Gleichzeitig wird durch Infrastrukturinvestitionen die Binnennachfrage gestärkt. Das **Zukunftsinvestitionsprogramm** kann über eine **Anleihe finanziert** werden. Aktuell hat Deutschland eine hohe Kreditwürdigkeit. Diese sollte genutzt werden, um privates Kapital, das sichere Anlagemöglichkeiten sucht, für attraktive Zukunftsinvestitionen zu gewinnen.
- Grundlage der erfolgreichen Wertschöpfung in Deutschland ist das hohe Potenzial von gut ausgebildeten und motivierten Menschen. In den Erhalt dieses Potenzials wurde in den letzten Jahren zu wenig investiert. Deshalb fordert die IG Metall die Bundesregierung und die Länder auf, hier zu investieren. 1979 wurde mit viel Erfolg ein **bildungspolitisches Sonderprogramm** mit einer Laufzeit von drei Jahren aufgelegt. Die IG Metall wirbt dafür, ein derartiges Sonderprogramm erneut zu starten. Große Teile der staatlichen **Bildungsinvestitionen** laufen über die Länder und Kommunen. Aus diesem Grund schlägt die IG Metall vor, dass den Städten und Gemeinden Sonderinvestitionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Sonderinvestitionsmittel sollten **100 Euro pro Einwohner** betragen und an Investitionen in Schule und Wissenschaft gebunden werden.
- Der Staat hat eine Verantwortung, den industriellen Wandel mitzugestalten. Dies muss unter anderem ein Umsteuern bei der Förderpolitik hin zu den industriellen Wertschöpfungsklustern, eine moderne energiepolitische Antwort und eine **aktive ökologische Industriepolitik** beinhalten. Dies sollte auch in der Steuerpolitik zum Ausdruck kommen. Die IG Metall schlägt vor, **Forschungs- und Entwicklungsausgaben in diesen Bereichen** zur Stabilisierung der Konjunktur steuermindernd in größerem Umfang **aktivieren** zu können.

Für die IG Metall gilt: Industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland ebenso systemisch wie Banken für das Funktionieren der Finanz-

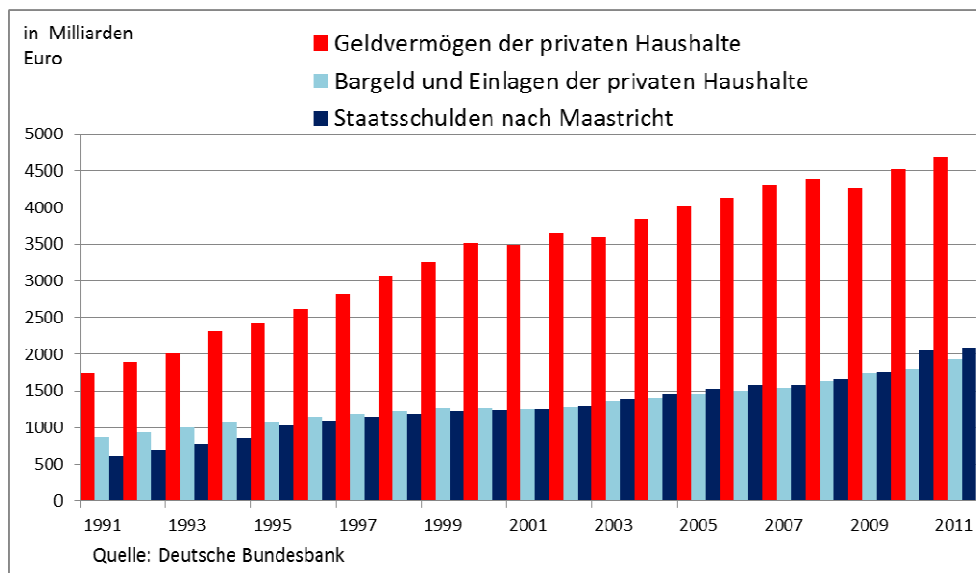
und Kreditmärkte. Die industrielle Basis in Deutschland ist zu wichtig, als dass die Anpassung nur dem Markt überlassen werden darf.

Verteilungsgerechtigkeit stärken – Einnahmen des Staates verbessern

Zwei Jahre lang waren die Länder der Währungsunion nicht in der Lage, die Finanzierungsprobleme einzelner Eurostaaten zu lösen. Im Gegenteil: Durch falsches Krisenmanagement wurde die Situation verschärft. Unter der Annahme, dass hohe Staatsschulden die Krisenursache seien, wurden umfassende Sparbeschlüsse gefasst. Dies hat die Krise der Eurozone verstärkt, statt sie zu beheben. Durch fehlende Staatsausgaben und Einsparungen bei den Sozialleistungen wurde die Konjunktur in vielen Ländern abgewürgt. Niedrigere Steuereinnahmen waren die Folge und damit eine Eskalation der Finanzierungssituation.

In Deutschland wurde die Schuldenbremse in der Verfassung verankert. Die Bundesregierung muss auf dieser Basis bis 2016 (Länder 2020) die Staatverschuldung auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts absenken. Es ist richtig, die Staatsfinanzen zu beobachten und Zukunftsinvestitionen nicht nur über Schulden zu finanzieren. Eine hohe Zinslast schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Falsch ist aber, nur die Ausgabenseite der Staatsfinanzen zu beschneiden, um die Schuldenlast zu senken. Der Staat muss gleichzeitig die Einnahmen verbessern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein hohes Potenzial, durch Einnahmen die oben beschriebenen Zukunftsinvestitionsprogramme zu finanzieren und damit auch ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit zu erzielen. Das **Nettovermögen** der **privaten Haushalte** in Deutschland inklusive Immobilien und abzüglich aller privaten Verbindlichkeiten lag 2010 bei **8,5 Billionen Euro**. Zum Vergleich: Die Staatsschulden aller Euroländer lagen 2010 bei 7,8 Billionen Euro. Das Vermögen sollte besteuert werden, um auch durch Einnahmen die Staatsschulden auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken.



Über 50 Prozent des Vermögens entfällt in Deutschland auf Geldvermögen wie Sparguthaben, Termineinlagen oder Investmentanlagen. Höhere Steuern würden deshalb auch dem Kapitalmarkt Liquidität entziehen. Diese Liquidität ist aus Sicht der IG Metall ein Teil der Krisenursache. Kapital ist nicht national gebunden. Es kann schnell von einem Ort auf der Welt zu einem anderen transferiert werden. Im Zentrum steht dabei immer die zu erzielende Rendite im Verhältnis zum Risiko. Das setzt Transparenz voraus, um die Risiken zu beurteilen. Aber gerade das ist oft nicht der Fall. Beispielsweise war zu viel Kapital mit einer hohen Risikobereitschaft eine wesentliche Krisenursache 2008. Aber auch aktuell funktioniert die Allokation schlecht. Nur mit umgekehrten Vorzeichen. Die Bundesrepublik

hat zurzeit teilweise eine negative Rendite auf 10-jährige Bundesanleihen. Das bedeutet im Kern, sie bekommt Geld, wenn sie Geld leiht. Andere Euroländer haben Probleme, überhaupt noch Kapital aufzunehmen. Die Beispiele zeigen: Die Grundüberzeugung, die Märkte regeln die optimale Allokation des Kapitals, ist falsch. Richtig ist, dass zu viel renditegetriebene Liquidität Krisen verstärkt. Auch deshalb fordert die IG Metall:

- Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** mit **2 Prozent** auf Vermögen über eine Millionen Euro
- Erhöhung des **Reichensteuersatzes** auf **49,0 Prozent** ab Einkommen über 150.000 Euro
- Höhere **Erbschaftssteuern**

Laut DIW besitzen 10 Prozent der Bevölkerung rund 60 Prozent des Eigentums. Diese Gruppe verfügte 2009 über ein durchschnittliches Vermögen von 500.000 Euro. Unter der Annahme, dass 10 Prozent des Eigentums auf Vermögen über eine Million Euro entfallen, würde die Einführung einer **Vermögenssteuer** von zwei Prozent **Einnahmen** von rund **20 Milliarden Euro** generieren. Die IG Metall schlägt vor, diese Einnahmen jeweils zur Hälfte für die Schuldentilgung und Zukunftsinvestitionen zu verwenden. Die Mittel sollten zudem gleichteilig auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden.

Auch im internationalen Vergleich würde Deutschland durch eine höhere Besteuerung von Vermögen nicht an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Vermögensbezogene Steuern machen in Deutschland 0,9 Prozent des BIP aus, während in Frankreich oder den USA die Quote bei 3,0 Prozent liegt und im OECD-Durchschnitt bei 1,8 Prozent.

Vor dem Hintergrund der ungleichen Vermögensverteilung ist eine Besteuerung großer Vermögen aber nicht nur eine Frage der Staatsfinanzierung, sondern auch der Verteilungsgerechtigkeit. Die massive Ausweitung des Niedriglohnssektors und der Wohlstandsverlust, den die unteren Einkommensbezieher in den letzten 10 Jahren erlitten haben, macht hier Antworten durch die Politik dringend notwendig. Dies gilt ebenso für die Entwicklung in Europa. Von Deutschland muss ein Signal für mehr Gerechtigkeit in Europa ausgehen.

Teil II: Kurswechsel für ein solidarisches Europa

Die europäische Einigung ist eine große Erfolgsgeschichte. Ein geeintes Europa war nach den traumatischen Erfahrungen der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts eine Vision, deren Realisierung kaum einer für möglich hielt.

Die Europäische Union ist eine Friedensgemeinschaft von demnächst 28 Staaten. Die Europäische Union ist auch eine Wertegemeinschaft basierend auf der gemeinsamen Vorstellung, dass die Marktwirtschaft immer auch sozialer Leitplanken mit dem Ziel eines europäischen Sozialmodells bedarf. Sie ist zudem eine Rechtsgemeinschaft. Und schließlich ist die Europäische Union eine Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Markt von mehr als 500 Millionen Menschen, mit wachsendem Wohlstand seit der Gründung vor mehr als 50 Jahren und den verschiedenen Erweiterungsrounden.

Die Krise der Europäischen Union ist heute auch eine Staatsschuldenkrise. Diese ist Folge von Wirtschaftskrisen und Bankenrettung. Der ausschließlich als Währungsunion gestaltete Euroraum, ohne eine politische Union mit starkem EU-Parlament, erweist sich als größtes Hindernis in der Krisenüberwindung. Die EU befindet sich in einer schwerwiegenden Identitätskrise: Die „Europäische Idee“ wird mehr und mehr diskreditiert, Euroskepsis und Nationalismus nehmen zu. Die EU-kritische Haltung der Menschen wird maßgeblich durch die neoliberale Politik der Europäischen Kommission und vieler Mitgliedsstaaten gefördert und droht, das „Erfolgsprojekt Europa“ und unsere gemeinsame Währung scheitern zu lassen.

Darüber hinaus wird der institutionelle Aufbau der EU der gewachsenen Komplexität und zunehmenden Heterogenität einer Gemeinschaft von bald 28 Mitgliedsstaaten immer weniger gerecht. Die Notwendigkeit für Regierungen und EU-Institutionen, zur Krisenbekämpfung schnell handeln zu müssen, legt die institutionellen Schwächen der EU offen. Schnelle Abstimmungs- und Entscheidungsmechanismen werden aufgrund der Blockadehaltung einzelner Mitgliedsländer zunehmend erschwert. Für die Europäische Union ergibt sich eine doppelte Herausforderung: Es geht zum einen um eine kurzfristige Krisenbewältigung. Zum andern braucht es mittelfristig grundlegende institutionelle Reformen in Richtung einer politischen und sozialen Union Europas, die auf demokratischen Regeln basiert und mit der sich die Menschen Europas identifizieren können.

Die IG Metall tritt ein für ein politisch vereintes, wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa!

- Europa braucht nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik zur Sicherung der industriellen Basis und Wertschöpfung.
- Die Euro-Rettung erfordert eine Gemeinschaftshaftung und eine gemeinschaftliche Kontrolle nationaler Haushalte.
- Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung.
- Die Europäische Union braucht den Rückhalt der Menschen. Dafür muss sie eine soziale Union werden.
- Die Europäische Union braucht die politische Union.

Nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik

Nachhaltiger Wohlstand in Europa setzt leistungsfähige Industrien voraus. Eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung erfordert eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik der EU. Der sozial-ökologische Umbau eröffnet neue Wachstumspotenziale und sichert die langfristige Zukunftsfähigkeit der europäischen Industrie. Ein solches europäisches Zukunftsprojekt eröffnet auch Verteilungsspielräume für ein soziales und auf die Konvergenz der Arbeits- und Lebensbedingungen zielendes Europa. Nur die Perspektive eines wirtschaftlich starken, ökologisch und sozial nachhaltigen und demokratischen Europas kann dazu beitragen, die tiefe Identitätskrise der Bürger und Bürgerinnen zum europäischen Einigungsprozess zu überwinden.

Die einseitige Sparpolitik in Europa ist nicht dazu geeignet, die tiefgreifenden Probleme und ihre negativen Auswirkungen auf die Industrie und ihre Beschäftigten zu beseitigen. Im Gegenteil: Die **einseitige Sparpolitik verschärft die Krise** in den am stärksten betroffenen Ländern und hat zu unzumutbaren Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt. Davon sind Jugendliche und junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen massiv betroffen. In vielen Ländern hat eine gut ausgebildete junge Generation keine Aussicht auf sichere und gute Arbeitsplätze. Nur die Kombination von Schuldenabbau mit gezielten **Wachstumsprogrammen** schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Überwindung der Krise ohne inakzeptable soziale Kosten.

Um die Zukunftsfähigkeit der europäischen Industrie zu sichern, muss sie sich dem sozial-ökologischen Wandel und Aufbau öffnen. Um die gesellschaftlichen Megatrends der Zukunft zu meistern, muss die europäische Industrie ressourceneffizienter werden, den demografischen Wandel einbeziehen und die Energiewende sowie die Mobilitätsentwicklung zu ihren Themen machen. Ressourceneffizienz und ökologische Nachhaltigkeit bei Material und Energie ist ein Produktivitätspotenzial, das eine neue Wachstumsdynamik ermöglicht. Statt der Förderung spekulativer Finanzanlagen, muss die Investitionstätigkeit des privaten Sektors auf Investitionen zum ökologischen Um- und Aufbau gelenkt werden. Hierzu erforderlich sind auch gezielte Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur, die auch von staatlicher Seite aktiv getätigt werden müssen.

Hierfür bietet die Europa 2020-Strategie mit ihren fünf Kernzielen eine Basis, die es weiter zu entwickeln gilt. Kurzfristig geht es darum, bei der Budgetsteuerung der EU, diese entsprechend der dort verankerten Ziele auszurichten und Fehlallokationen, insbesondere im Agrarsektor, zu beenden.

Es geht um nicht weniger als die langfristige Sicherung der industriellen Basis, Wertschöpfung und Innovationskraft in Europa. Eine erfolgreiche europäische Industriepolitik ist auf eine eigene Produktion in Schlüsselindustrien angewiesen.

Die Einführung des Euro war mit der Erwartung verbunden, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung, die Produktivität der Unternehmen und die Inflationsraten der Euro-Länder „wie von selbst“ angleichen werden. Diese Erwartung wurde in dramatischer Weise enttäuscht. In einem gemeinsamen Währungsraum sind unabhängige nationale Geld-, Zins- und Wechselkurspolitiken nicht mehr möglich. Es bleiben nur die Lohn- und Steuerpolitik und die Staatsausgaben als „Stellschrauben“ eigenständiger Wirtschaftspolitik.

Eine wichtige Ursache für die Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa ist jetzt erst in ihrem Ausmaß erkennbar: Ein gemeinsamer europäischer Währungsraum kann nur funktionieren, wenn die Euro-Länder gleichzeitig ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik untereinander abstimmen. Die IG Metall fordert eine **demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik** für Europa und eine vom EU-Parlament demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung. Diese soll sich soziale und ökologische Ziele setzen und durch eine gemeinsame Umwelt-, Sozial- und Infrastrukturpolitik flankiert werden.

Diese Wirtschaftsregierung koordiniert die Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedsstaaten und stärkt damit die Handlungsfähigkeit der Exekutive, so dass der Integrationsprozess in der Europäischen Union auf dem Weg hin zu einer politischen Union maßgeblich vorangebracht werden kann. Die Umsetzung einer europäischen Koordinierungspolitik wird durch die Prozesse der Mitbestimmung in den Arbeitsbeziehungen ermöglicht. Die Mitbestimmung bildet den Unterbau Europas in den Betrieben.

Die Umsetzung einer demokratisch legitimierten Wirtschaftspolitik erfordert in den Unternehmen ein hohes Maß an Mitbestimmung. Die Grundlagen für eine starke und aktive Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen müssen sowohl in der Praxis als auch rechtlich auf europäischer Ebene weiter ausgebaut werden. Gerade in Zeiten der Krise, wenn Umstrukturierungsprozesse sich auf die Beschäftigten auszuwirken drohen, muss das Machtgefüge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite ausbalanciert sein.

Die IG Metall fordert für Europa erweiterte Gesetzgebungskompetenzen in der Steuerpolitik, eigene Steuermittel und eine eigene Steuerhoheit. Nur so kann Steuerdumping in Europa künftig verhindert werden. Der Wettbewerb um die geringsten Steuern und das gegenseitige Ausspielen der Mitgliedsländer muss verhindert werden. Die EU braucht Mindestregeln (Bemessungsgrundlagen und Steuersätze) für die Besteuerung von Kapital und Unternehmen.

Auch die **Gewerkschaften** müssen einen Steuerungsbeitrag in einer gemeinsamen Währungsunion leisten. Dies gilt insbesondere für die **Lohnkoordinierung**. Die Abstimmung der Lohnpolitik zwischen den Euro-Ländern ist notwendig, um den Währungsraum zu stabilisieren. Die europäischen Gewerkschaften haben bereits erste Instrumente für die Lohnkoordinierung entwickelt (Lohnkoordinierungsformel des EMB). Diese sind umzusetzen und weiterzuentwickeln, um ein weiteres Auseinanderdriften der Lebensstandards in Europa zu vermeiden. Ebenso ist die Lohnkoordinierung der europäischen Gewerkschaften als Teil einer auf soziale Wohlfahrt und Stabilität gerichteten europaweiten Verteilungs- und Wirtschaftspolitik zu verstehen. Die Koordinierung hat zwingend durch die Gewerkschaften zu erfolgen. Angriffe der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds („Troika“) auf die Tarifautonomie der Arbeitsmarktparteien werden von der IG Metall entschieden abgelehnt.

Gewerkschaftliche Lohnkoordinierung ist nur wirksam, soweit gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit gegeben ist und Tarifabschlüsse durch Tarifbindung der Betriebe sich auch in der Entwicklung der Realeinkommen und Arbeitsbedingungen wiederfinden. Gegen beides steht die weitgehende Deregulierung der Arbeitsmärkte, wie sie auf der Blaupause der deutschen Agenda-Politik zum Leitbild einer europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in vielen Ländern Europas wurde. Der massive Zuwachs deregulierter, oft prekärer Arbeitsverhältnisse hemmt nicht nur gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit, sondern führt zur Ausweitung faktisch tariffreier Zonen. **Eine neue Ordnung auf dem europäischen Arbeitsmarkt ist gefordert.** Diese muss gesicherte, durch Tarifverträge gestaltete Arbeitsverhältnisse nicht nur schützen und fördern, sondern dazu beitragen, Prekarität zurückzudrängen.

Die Euro-Rettung erfordert eine Gemeinschaftshaftung und eine gemeinschaftliche Kontrolle nationaler Haushalte

Eine wesentliche Ursache für die Situation vieler Staaten im Euroraum ist die einseitige Konstruktion des Maastrichter Vertrags. Die Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten konnten nicht mehr durch eine Abwertung nationaler Währungen ausgeglichen werden. Die Lohnpolitik war als Ausgleichsmechanismus überfordert.

Die IG Metall tritt ausdrücklich für den Fortbestand des Euro ein. Sie befürwortet grundsätzlich eine **Gemeinschaftshaftung**, um eine solidarische Finanzierung der Defizitländer langfristig zu gewährleisten und das Insolvenzrisiko für einzelne Länder zu vermindern. Dadurch können die Finanzierungslasten der Defizitländer reduziert werden. Das

bedeutet, dass diese Länder weniger Zinsen für ihre Schulden zahlen müssen und dadurch schneller wieder aus der Krise kommen. Das heißt allerdings auch, dass weniger verschuldete Länder wie Deutschland mehr für ihre eigenen Schulden bezahlen müssen. Diese zusätzlichen Kosten für Deutschland und die anderen Überschussländer sind jedoch geringer, als der Nutzen für die deutsche Wirtschaft und ihre exportorientierte Industrie.

Eine **strenge** gemeinschaftliche **Kontrolle** über **nationale Haushalte** und eine gemeinschaftliche Haftung gehen Hand in Hand. Dies erfordert Veränderungen nationaler Souveränitätsrechte gegenüber den europäischen Institutionen. Die IG Metall fordert dabei einen Ausbau der demokratischen Entscheidungsstrukturen über das Europäische Parlament und den Einbezug direkter Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger und Bürgerinnen Europas. Unter den heutigen Rahmenbedingungen bleibt die Entscheidung, ob die vereinbarten Budgetziele über die Einnahmen- oder die Ausgabenseite erreicht werden, den nationalen Parlamenten unterworfen.

Ein Schuldentilgungspakt könnte die vorübergehende gemeinsame Finanzierung der Staatsverschuldung über der 60%-Schwelle des Bruttoinlandsproduktes übernehmen. Auf diese Weise würde er einen erheblichen Beitrag zur mittel- und langfristigen Krisenbewältigung leisten.

Die IG Metall hält es für vertretbar, dass die Europäische Zentralbank (EZB) als vorübergehende Maßnahme die öffentlichen Haushalte in den höchst verschuldeten Ländern der Währungsunion direkt durch den Kauf von Staatsanleihen am Primärmarkt unterstützt.

Die IG Metall befürwortet zudem eine Intervention des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Der Rettungsschirm ESM kann damit weiter zur Stabilisierung der Krisenstaaten mit Kreditvergaben ausgebaut werden. Mit diesen Maßnahmen wird garantiert, dass stark verschuldete Länder Finanzmittel aufnehmen können und vor Spekulation auf den Staatsbankrott geschützt werden.

Die Eurostaaten unterwerfen sich bei Hilfsanträgen an ESM (und ESFS) sowie der EZB einer faktischen Wirtschaftsregierung, allerdings ohne demokratische Legitimation und Kontrolle. Die betroffenen Regierungen verpflichten sich durch den Fiskalpakt zu rigiden Sparmaßnahmen und Kürzungen, insbesondere im sozialen Bereich, aber auch bei den Entgelten. Die weitere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Veräußerung von Gemeingütern sind ebenfalls Teil dieser Sparpolitik. Die IG Metall lehnt die Angriffe auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Europa ab.

Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Industrie in Europa müssen dringend verbessert werden. Banken müssen der Realwirtschaft dienen. Die gesellschaftliche Aufgabe von Banken besteht in der Sicherstellung der Finanzierung von Unternehmen und nicht in der Spekulation mit hochriskanten und undurchsichtigen Finanzprodukten. Als Mitverursacher der Krise müssen die Banken an den Kosten zur Überwindung der Krise beteiligt werden.

Die IG Metall fordert eine weitreichende Regulierung der europäischen Finanzmärkte, u.a.

- die Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäfts der Banken vom sogenannten Investmentbanking. Während bei der Einlagensicherung der Staat mit bürgt, muss beim Investmentbanking ausschließlich die Haftung des Eigentümers greifen;
- europaweites Verbot von Leerverkäufen;
- Regulierung von hochspekulativen, mehrstufig verbrieften Kreditpapieren und der Einführung eines „Finanzprodukt-TÜV“;
- straffe Regulierung von Derivaten;
- Beschränkung des Hochfrequenzhandels.

Die Finanzmarktregulierung beinhaltet auch eine **Finanztransaktionssteuer (FTS)**, deren Ziel es ist, hochspekulative Finanzgeschäfte unattraktiv zu machen. Es ist ökonomisch sinnvoll und politisch wünschenswert, die Finanztransaktionssteuer im globalen oder zumindest im EU-Rahmen zu erheben. Realisierbar ist das in absehbarer Zeit jedoch nicht. Als zweitbeste Lösung bietet sich daher eine Einführung innerhalb der Eurozone an - oder auch nur durch wesentliche Mitgliedsländer der Eurozone.

Europa braucht eine wirksame europäische **Bankenaufsicht**. Dies gilt insbesondere für systemrelevante und international tätige Banken. Die Eigenkapitalquoten von Banken sind zu erhöhen, um zu verhindern, dass Banken im Krisenfall erneut von den Steuerzahlern gerettet werden müssen. In den EU- Mitgliedsstaaten sind **Einlagensicherungssysteme** der Banken verbindlich einzuführen. Für systemrelevante Banken, die europaweit tätig sind, ist ein europaweites Einlagensicherungssystem erforderlich. Die EU braucht eine **europäische Ratingagentur**, die als öffentliche (nicht privatwirtschaftlich organisierte) und unabhängige Institution zu etablieren ist.

Die IG Metall tritt für das **Trennbankensystem** ein. Um die „systemischen“ Risiken durch Fehlinvestitionen der Universalbanken zu begrenzen, sollten Investmentbanking und traditionelles Bankgeschäft strikt voneinander getrennt werden.

Stärkere Regulierungen sind – neben den Finanzmärkten – auch auf den Rohstoffmärkten notwendig. Um hier Spekulationen und unübersichtlich volatilen Preisen vorzubeugen und den Zugang zu Rohstoffen für alle Marktteilnehmer gleichermaßen fair zu gestalten, muss auch - beispielsweise die Londoner Rohstoffbörse - in den Blick der Regulierungsmaßnahmen rücken.

Insgesamt würden diese Regulierungsmaßnahmen erste Schritte in Richtung Solidarunion und Politischer Union bedeuten und eine wichtige Grundlagen für die nachhaltige Stabilisierung des gemeinsamen Währungsraums schaffen.

Die Europäische Union braucht den Rückhalt der Menschen. Dafür muss sie eine soziale Union werden.

Die IG Metall fordert, dass Europa sich endlich wieder den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zuwendet. Die sozialen und wirtschaftlichen Ängste der Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Viele Menschen in Europa haben den Eindruck, dass die Politik der EU vor allem die Interessen von Unternehmen und ihren Lobbyisten bedient. Als Folge daraus wird die Politik der Europäischen Union vielfach als Bedrohung empfunden. Die Attraktivität des „europäischen Projektes“ leidet unter der sozialen Schieflage, die wir derzeit erleben müssen. Die sozialen Grundrechte, wie es die Grundrechtecharta im Vertrag von Lissabon festlegt, müssen endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben.

Die IG Metall fordert gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften eine „Soziale Fortschrittsklausel“ für die Europäische Union als integraler Bestandteil des europäischen Primärrechts. Damit werden nationale Errungenschaften, wie Gewerkschaftsrechte und Tarifvertragssysteme, gesichert.

Die Entwicklung von gemeinsamen hohen sozialen Mindeststandards muss eine Priorität für das soziale Europa sein. Bis dahin gilt es, nationale Errungenschaften in der Sozialpolitik zu verteidigen. Die IG Metall wendet sich nachdrücklich gegen jegliche Tendenz zu weiterer Prekarisierung der Arbeit und kann das „Flexicurity“-Konzept nur befürworten, wenn der Sicherheitsaspekt in den Vordergrund gestellt wird. Die sozialen Systeme sind so zu gestalten, dass sie den Menschen in der EU Chancengleichheit, Teilhabemöglichkeiten, soziale Inklusion und Absicherung gegen wesentliche Lebensrisiken gewährleisten. Insbesondere ist eine Diskriminierung von Frauen und Migranten in Betrieb und Gesellschaft abzubauen. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, unsichere Beschäftigungsverhältnisse auch für junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zurückzudrängen.

Die IG Metall schlägt daher einen **Sozialpakt** für Europa vor. Ein solcher Sozialpakt kann die notwendige Ausgewogenheit und Abstimmung bei den von den Mitgliedsländern durchgeführten Sozialpolitiken und den Rahmenvorgaben durch Brüssel schaffen.

Der Sozialpakt hat die folgenden wesentlichen Elemente:

Erstens ist **Ordnung** auf den **europäischen Arbeitsmärkten** herzustellen. Dafür sind Maßnahmen erforderlich, die die weitere Ausbreitung des Niedriglohnsektors und der Lohnspreizung in Europa verhindern. Gleiche Löhne und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort muss als Grundsatz festgeschrieben werden.

Zweitens muss **Sozialdumping bekämpft** werden. Neben dem Zurückdrängen prekärer Beschäftigung kann Sozialdumping mit Mindestlöhnen in jenen Sektoren bekämpft werden, wo diese notwendig sind.

Drittens fordert die IG Metall **stärkere Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertreter** und ihrer Gewerkschaften in den Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene. Beteiligung, Demokratie und Mitbestimmung in den Unternehmen sind die Grundpfeiler des sozialen Europas. Diese Grundpfeiler haben sich in der Krise nach 2008 bewährt und in Deutschland zur erfolgreichen Überwindung der Krise beigetragen. Starke europäische Industrien und Dienstleistungen brauchen starke, handlungsfähige Gewerkschaften und kompetente Arbeitnehmervertreter.

Die EU braucht die politische Union

Die Entwicklungen seit Ausbruch der Finanzmarktkrise hin zur Refinanzierungskrise der Staatsschulden haben gravierende Konstruktionsmängel im institutionellen Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion offengelegt. Es wurde offenbar, dass der Fortbestand der Union ohne eine Vertiefung der **politischen Integration** nicht zu haben ist.

Angesichts der Erfahrungen des Euro-Krisenmanagements bietet sich für die Fortentwicklung der europäischen Integration eine „Doppelstrategie“ an. Einerseits geht es um kurzfristige Ansätze, die innerhalb des bestehenden EU-Vertragsrahmens zwischenstaatlich realisiert werden können. Andererseits wird mittelfristig eine neue Vertragsgrundlage für die Europäische Union benötigt, um die „Geburtsfehler“ der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) zu überwinden und die Voraussetzungen für eine politische Union zu schaffen. Ausgangspunkt der Vertiefung der europäischen Integration ist ein Kerneuropa, das aus den Mitgliedsländern der Wirtschafts- und Währungsunion besteht.

Kernziel der institutionellen Reformen sollte eine **eigenständige demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik** auf europäischer Ebene sein. Dies wird eine Verlagerung nationaler Zuständigkeiten im Bereich der Fiskal- und Wirtschaftspolitik und einen handlungsfähigen Haushalt in Richtung der EU erfordern. Ein „starkes Europa“ kann es ohne entsprechende EU-Kompetenzen nicht geben. Dies erfordert die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene.

Eine erste zentrale Säule der europäischen Wirtschaftsregierung ist eine **Fiskalunion** mit erweiterten Gesetzgebungskompetenzen in der Steuerpolitik bzw. eine mit eigener Steuerhoheit ausgestatteten Union. Mit oder ohne eigene Steuerhoheit benötigt die EU einen signifikant erhöhten Gemeinschaftshaushalt, um die auf Jahre anhaltenden Reformen einzelner schwächerer Mitgliedstaaten flankieren zu können.

Die IG Metall fordert eine deutliche weitere **Stärkung des Europäischen Parlaments**, das mit weitreichenden Kontroll- und Initiativrechten auszustatten ist. Das Parlament sollte künftig nach einem vereinheitlichten Wahlrecht mit transnationalen Wahllisten gewählt werden. Dies wiederum verlangt eine Ausweitung des Rechtsstatus und der finanziellen Ausstattung der Europäischen Parteien.

Das Europäische Parlament sollte darüber hinaus das Recht erhalten, eigene europäische Gesetzesinitiativen zu beraten und zu beschließen. Ein weiteres unverzichtbares Reformelement stellt die Wahl der Kommissionsspitze dar. Nur so wird die EU-Kommission zu einer „echten“ europäischen Regierung.

Die direkte Interessenvertretung der EU-Mitgliedsländer ist ebenfalls zu verbessern. Das Ziel europäischer Integration kann jedoch nach jetzigem Stand der Dinge nicht ein europäischer Föderalstaat deutschen Typs sein. Die historisch gewachsenen Eigenheiten der EU-Mitgliedsländer lassen eine solche Perspektive nicht zu. Die IG Metall unterstützt den Vorschlag der **Einrichtung eines „Europäischen Konvents“**, der in einer breiten gesellschaftlichen Debatte und umfassender demokratischer Beteiligung die Vertragsgrundlagen für eine politische und soziale Europäische Union erarbeitet.